

Freies Wort

Neue Straßen, aber bitte mit Klärwerk und Kanälen

Erschienen im Ressort Thüringen am 05.04.2008 00:00

Vier Unterbreizbacher Bürger stellten erneut Strafanzeige. Nun wird der Staatsanwalt prüfen, ob Fördermittel missbraucht wurden

Neue Straßen, aber bitte mit Klärwerk und Kanälen



Wollen Aufklärung zum Klärwerksbau in Unterbreizbach: Hans-Gerd Oetzel, Wolfgang Koch und Ralph Klinzing (v.l.n.r.). Sie erstatteten Strafanzeige. Foto: ari
Bild:

Unterbreizbach Wolken brauen sich über der Bergarbeitergemeinde im Wartburgkreis zusammen. Wieder einmal. Schuld daran sind nicht etwa die meteorologischen Verhältnisse, sondern atmosphärische Störungen im Ort selbst. Ihren Ausgangspunkt haben sie in der neuen Kläranlage und den dazugehörigen Kanälen. Seit Jahren ist die Klärung des Abwassers ein Zankapfel zwischen Einwohnern und dem Bad Salzunger Wasser- und Abwasserzweckverband. Die Rechnung für die abwassertechnische Großinvestition liegt nun auf dem Tisch. *Es handelt sich um acht Millionen Euro. Und die Klärwerksgegner rechnen vor: Pro Hausanschluss sind es Kosten in Höhe von 34 700 Euro.*

*Vorwurf: Gegen
Gesetz verstoßen*

Für diesen Herbst hat der Wasserverband die Beitragsbescheide angekündigt. Die Unterbreizbacher sehen sich mit Summen zwischen 2000 und 5000 Euro konfrontiert. Zudem fordert er dazu auf, die eigene Klärgrube am Haus stillzulegen.

Für Wolfgang Koch, Hans-Gerd Oetzel, Bernd Niebergall und Ralph Klinzing war das ein Signal zum Handeln. Sie erstatteten erneut Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Mühlhausen. Anfang vorigen Jahres hatten das Oetzel, Niebergall und Klinzing schon einmal getan. Seinerzeit war ihre Strafanzeige nicht weiter verfolgt worden. Das neue Schriftstück richtet sich wiederum gegen die Verantwortlichen für den Bau des Klärwerks von der kommunalen Ebene bis hin zum Umweltministerium. Der Vorwurf der vier Privatmänner: Der Bau des Klärwerks verstößt gegen Gesetzlichkeiten der EU und des Landes. Auch Fördermittel seien deshalb missbräuchlich eingesetzt worden.

Die Geschichte reicht bis ins Jahr 1996 zurück. Eigentlich ging es damals gar nicht um den Bau des Klärwerks, sondern um neue Straßen im Ort. Doch ohne neue Kanäle mit einer zentralen Kläranlage im Schlepptau, für die Fördergelder flossen, waren keine neuen Straßen zu haben, erklärt Wolfgang Koch. Das bedeutete also: Es wurde über eine vollständig neue Abwasserentsorgung entschieden.

Um Fördertöpfe anzapfen zu können, musste die Kommune in der so genannten Abwassertechnischen Zielplanung des Landes stehen. Unterbreizbach war es nicht. Schließlich hatten nur Orte mit mehr als 2000 Einwohnergleichwerten Anspruch auf eine Kläranlage nach der geltenden EU-Richtlinie. Ohne den Ortsteil Räsa jedoch, der laut Wasserverband dem Kerndorf nicht zugeschlagen wurde, war diese Zahl illusorisch, sagt Koch.

Die Jagd nach den Zahlen

Bis heute wirft ein Husarenstück seine Schatten über die gesamte Investition. Thüringens Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hatte seinen Besuch bei K+S in Unterbreizbach angekündigt. Schon wenige Tage nach dieser Visite hat der Initiator, Unterbreizbachs damaliger Bürgermeister sein Ziel geschafft, sagen die Vier. Das Dorf stand auf der Landesliste, ihm wurde eine zentrale Kläranlage samt nötiger Kanäle zugebilligt. Ein Schelm, wer Böses denkt. Nicht fachlich, politisch wurde entschieden, sagt Bernd Niebergall, SPD-Gemeinderat.

Die Weichen für Unterbreizbachs klärreiche Zukunft waren gestellt. Von nun an gingen Gemeinde und Wasserverband mit dem Satz hausieren: Die EU zwingt uns, bis 2005 ein Klärwerk zu bauen', berichtet Ralph Klinzing (Linke).

Zugleich begann damit die ewige Jagd nach den nötigen 2000 Einwohnergleichwerten. Die, wie es die Richtlinie verlangt, erst den Bau eines neuen Klärwerks rechtfertigen. Koch blättert in den Unterlagen: 1999 habe die Gemeinde 2276 dieser Gleichwerte an den Wasserverband gemeldet. Damit entsprach man zwar den EU-Forderungen, aber eingerechnet war Räsa. Aber der Ortsteil, das hatte Verband selbst verlauten lassen, gehörte nicht zum Kerndorf. Das ist nichts anderes als Manipulation, um Fördermittel zu erschleichen, meint Koch. Dass nicht von Beginn an mit Räsa gerechnet wurde, bekräftigte der Werkleiter des Verbandes am 22. Februar erneut vor Unterbreizbachs Bürgerschaft. Die Zahlenhascherei ging weiter. Nun brachten die Verantwortlichen K+S als Quotenbringer ins Gespräch. Inzwischen hat Kali und Salz aber eine eigene Kläranlage hingestellt, gibt Peter Van der Weth zu bedenken. Oft fühlten wir uns im Gemeinderat schlecht oder gar nicht informiert, blickt Hans-Gerd Oetzel (Freie Wähler) zurück.

2005 sahen sie sich dann vor vollendete Tatsachen gestellt: Das Klärwerk ging in Betrieb. Nichts hatten die 800 Unterschriften, die die Bürgerinitiative dagegen zusammengetragen hatte, genutzt. Am meisten erschüttert uns, dass all die Jahre keiner eingehakt und Stopp gesagt hat, meint nicht nur Ralph Klinzing. Keine Aufsichtsbehörde, kein Umweltministerium ist tätig geworden. Nun haben die vier Männer alles für den Staatsanwalt aufgeschrieben und einen offenen Brief an den Landrat des Wartburgkreises geschickt. Er hat noch nicht reagiert. Eine Kopie der Anzeige wollen sie an die Betrugsbehörde der EU schicken.

Was sie erreichen wollen? Aufklärung, antwortet knapp Bernd Niebergall. Die Bürger sollten gegen die Beiträge Rechtsmittel einlegen können, schließlich werden sie für etwas zur Kasse gebeten, was nicht auf dem Boden des Gesetzes entstanden ist, meint Koch. Klinzing siehts pragmatisch: Es ist unsere Verantwortung, darauf aufmerksam zu machen, wenn Fördermittel missbräuchlich verwendet wurden. Vielleicht können andere Kommunen vor ähnlichen Vorgängen wie in Unterbreizbach bewahrt werden.

Bei der Staatsanwaltschaft in Mühlhausen ist das Schreiben der Vier eingegangen, bestätigt ein Sprecher. Man werde prüfen, ob es neue Ansätze enthalte, die für Ermittlungen ausreichen.

Im Umweltministerium in Erfurt kann man die Vorwürfe aus Unterbreizbach nicht nachvollziehen und mag keinen Verstoß gegen das Gesetz erkennen. Die Kläranlage wird ausgelastet sein, versichert Sprecherin Katrin Trommer-Huckauf. Man habe sich an die europäische Abwasserrichtlinie gehalten. Selbstverständlich würden Räsa und Kali und Salz angeschlossen. Das war von Anfang an so geplant, versichert sie.

Im Falle von K+S solle das Ende diesen oder zu Beginn des kommenden Jahres geschehen, beruft sich Heiko Pagel, der Werkleiter des Bad Salzunger Zweckverbandes auf ein Schriftstück. Doch er will in der Öffentlichkeit das ständige Pingpong nicht mehr mitspielen. Wir haben alle Unterlagen offengelegt. Auch der Landesrechnungshof hatte Einsicht. Ich habe mit den Unterbreizbachern mehrfach gesprochen und bin bereit, es weiter zu tun. Dennoch, in Pagels Augen hat die begonnene konstruktive Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Verband unter der erneuten Strafanzeige gelitten.

Zu gegebener Zeit will sich Unterbreizbachs ehemaliger Bürgermeister Meinhard Pforr (CDU) zu dieser Problematik äußern, sagte er auf Nachfrage unserer Zeitung. Ich halte nichts davon, dass dieses Thema ständig in öffentlich ausgetragen wird, das schadet nur dem Image unseres Dorfes, sagt er.

Der Zweckverband sollte auf die Bürger zugehen und nach Lösungen suchen, rät hingegen Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der Linken. Es sei an der Zeit, dem Irrsinn ein Ende zu machen und nicht länger in teure Kanalnetze zu investieren. Immerhin verschluckten sie 85 Prozent der Kosten. Allein von 1990 bis 2007 seien im Freistaat 3,5 Milliarden Euro in Abwasser-Anlagen geflossen und 3,7 Milliarden würden diese in den nächsten Jahren noch verschlingen. Für Kuschel steht deshalb fest: Wir müssen den Ausstieg schaffen.

Ob er den Unterbreizbachern noch gelingt, hängt auch von der Beurteilung der Sachlage durch die Staatsanwälte ab. Gewiss ist: Ex-Landesvater Vogel wirds nicht richten.

Von Ilga Gäbler

Alle Rechte vorbehalten.
